

MORNING NEWS

18. September 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.716,71	178,96	0,70	25.537,75	DJ 30	51.778,04	316,14	0,61	51.461,90
MDAX	31.448,12	171,35	0,55	31.276,77	NASDAQ	29.446,98	501,92	1,73	28.945,06
TEC DAX	4.000,52	25,52	0,64	3.975,00	Nikkei 225	65.170,13	1.033,88	1,61	64.136,25
Euro Stoxx50	6.322,90	56,40	0,90	6.266,50	Hang Seng	24.768,84	164,55	0,67	24.604,29
Bund Future	120,75	-0,05	-0,04	120,80	Euro / US-\$	1,1489	0,00	0,11	1,1476
Gold in US-\$	4.363,68	21,98	0,51	4.341,70	Öl (Brent) US-\$	103,47	-1,35	-1,29	104,82
Bitcoin / US-\$	77.439,54	939,50	1,23	76.499,51	Ethereum / US-\$	2.478,81	27,25	1,11	2.451,56

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.643	-73
NASDAQ Future	29.496,50	+49,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	185,98	-2,02	-0,01	188,00	213,66	1.102.976,00
Nokia OJ	9,23	0,03	0,00	9,20	10,60	144.456.526,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PPI (m/m)	August	08:00	0,6% (1,1%)
D	PPI (y/y)	August	08:00	3,9% (3,0%)
EWU	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Euro-Zone	September	08:30	n/a
D	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Deutschland	September	08:35	n/a
EWU	EZB Leistungsbilanz, sb	Juli	10:00	n/a (35,1) Mrd €
EWU	Bauproduktion (m/m)	Juli	11:00	n/a (-1,3%)
EWU	Bauproduktion (y/y)	Juli	11:00	n/a (-0,7%)
USA	Industrieproduktion (m/m)	August	15:15	0,3% (0,2%)
USA	Kapazitätsauslastung	August	15:15	76,4% (76,3%)
USA	Frühindikator	August	16:00	0,1% (0,2%)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,30 (1,47)	10-jährige Bonds	+0,531	4,93%
Volumen NASDAQ	9,85 (9,92)	30-jährige Bonds	+0,953	5,28%

(/)=Vortag

Nachlassende Ölpreise und **robuste Arbeitsmarktdaten** haben der Wall Street am Donnerstag Auftrieb gegeben. Die Anleger schüttelten die erste Zinserhöhung der US-Notenbank (Fed) seit mehr als drei Jahren ab und griffen vor allem bei Technologie-Werten zu. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,6 Prozent höher auf 51.778 Punkten. Der

breiter gefasste S&P 500 rückte um 1,1 Prozent auf 7638 Zähler vor. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann 1,7 Prozent auf 26.418 Punkte.

Die **US-Notenbank** hatte am Mittwoch erstmals seit Juli 2023 den **Leitzins** angehoben und bekräftigt, die Inflation zeitnah auf das Ziel von zwei Prozent zurückführen zu wollen. Die Entscheidung fiel einstimmig. "Der Markt ist etwas erleichtert über die Geschlossenheit der Fed, da alle gleich abgestimmt haben", sagte Ross Mayfield, Analyst bei Baird. Fed-Chef Kevin Warsh betonte auf der Pressekonferenz die Unabhängigkeit der Notenbank sowie die Stärke der US-Wirtschaft. Diese Einschätzung wurde durch aktuelle Daten des Arbeitsministeriums gestützt: Die **Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** fielen auf einen Wert, der fast den Tiefstständen von 1969 entspricht. Laut dem FedWatch-Tool der CME rechnen die Finanzmärkte nun mit einer Wahrscheinlichkeit von 53,1 Prozent mit einer weiteren Zinserhöhung um 25 Basispunkte im Oktober. In der Vorwoche hatte dieser Wert noch bei 27,2 Prozent gelegen.

Für Erleichterung sorgten auch die **Ölpreise**, die auf ein Ein-Wochen-Tief fielen. Berichte über saudische Öllieferungen durch den Oman dämpften die Sorgen vor Angebotsengpässen, auch wenn die Lage im Nahen Osten wegen des Krieges der USA und Israels gegen den Iran angespannt bleibt. "Wenn ein Ölschock so lange andauert, wirkt sich das unweigerlich auf die Preise in der gesamten Wirtschaft aus", erklärte Mayfield. Eine Entspannung in diesem Bereich sei Rückenwind für Verbraucher und Unternehmen und erlaube der Fed eine weniger restriktive Geldpolitik.

Auf Unternehmensseite zählten **Technologiewerte** zu den größten Gewinnern im S&P 500. Auch **Chip-Aktien** sowie **Gold- und Silberminenbetreiber** legten um mehr als drei Prozent zu. Aktien von **Hausbauern** gewannen 1,1 Prozent, nachdem Daten einen Anstieg bei den Baubeginnen von Einfamilienhäusern und den schwebenden Hausverkäufen im vergangenen Monat gezeigt hatten. Zinssensible **Banken** stabilisierten sich nach dem Ausverkauf vom Mittwoch und schlossen 0,2 Prozent höher.

Krypto-bezogene Papiere profitierten von einer fünfjährigen Ausnahmeregelung der US-Börsenaufsicht SEC für den tokenisierten Aktienhandel. Die Titel von **Circle Internet Group** und **Coinbase** stiegen um jeweils 5,8 Prozent, **Robinhood** gewannen 5,2 Prozent.

Dagegen gaben die Aktien von **CoreWeave** um 4,2 Prozent nach. Das Unternehmen hatte Pläne zur Kapitalbeschaffung durch die Ausgabe von Aktien und Wandelanleihen angekündigt. **Fluence Energy** brachen um 15,4 Prozent ein, nachdem der Konzern seine Umsatzprognose für das Geschäftsjahr 2026 gesenkt hatte.

US Unternehmen

Die **US-Telekommunikationsaufsicht FCC** hat den Weg für ausländische Investitionen bei der 110 Milliarden Dollar schweren Übernahme von **Warner Bros Discovery** durch **Paramount Skydance** freigemacht. Die Behörde hob am Donnerstag (Ortszeit) die Obergrenze von 25 Prozent für ausländische Beteiligungen auf. Einzelne Investoren dürfen nun bis zu 20 Prozent der Anteile halten. Sie dürfen jedoch keine stimmberechtigten Aktien besitzen und keinen Einfluss auf das Management oder inhaltliche Entscheidungen nehmen, teilte die FCC mit. Auch der Zugang zu nicht-öffentlichen Daten von US-Bürgern bleibe ihnen verwehrt (Reuters).

Marktmeldungen

Heute findet an den **Terminmärkten** der **große Verfall** (*Hexensabbat*) statt.

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht **Deutschland** vor einem **Wirtschaftsaufschwung**. "Wir sind auf dem Weg raus aus der Krise", sagte der CDU-Vorsitzende am Donnerstag auf einer Wahlveranstaltung in Berlin. "Im Jahr 2026 werden wir ungefähr 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum haben", fügte Merz unter Verweis auf eine Prognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hinzu. Die Wirtschaftsleistung wachse also um 60 Milliarden Euro. "Wir haben die Chance, im nächsten Jahr an diesen Trend anzuschließen." (Reuters).

Wenige Tage vor der **Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern** liefern sich die SPD und die AfD einer Umfrage zufolge ein Kopf-an-Kopf-Rennen. In dem am Donnerstag veröffentlichten "ZDF-Politbarometer Extra" kommt die **SPD** von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf 37 Prozent, die **AfD** auf 36 Prozent. Die **Linke** käme auf neun, die **CDU** auf sechs und die **Grünen** auf fünf Prozent. Das **Bündnis Sahra Wagenknecht** (BSW) würde mit vier Prozent den Einzug in den Landtag verpassen. Damit hätte die amtierende Regierung aus SPD und Linkspartei knapp keine parlamentarische Mehrheit mehr (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat auch **Politiker in der CDU** davor gewarnt, bei der **Unterstützung für die Ukraine** nachzulassen. "Wer heute meint, die Ukraine in ihrem Kampf um die Freiheit aufzugeben, der hat morgen die Freiheit in ganz Europa aufgegeben", sagte der CDU-Vorsitzende am Donnerstag auf einer Wahlveranstaltung in Berlin. "Meine Antwort ist klar: Die Bundesrepublik Deutschland wählt auch heute den Weg der Freiheit." (Reuters).

Die **französische Regierung** plant für den **Haushalt 2027** Einsparungen in Höhe von 54 Milliarden Euro, um das ausufernde Defizit einzudämmen. Dies sei eine radikale Kehrtwende, sagte Premierminister Sebastien Lecornu am Donnerstag der Zeitung "*Le Figaro*". Die Maßnahmen würden die unaufhaltsam steigenden Ausgaben deutlich bremsen. Ohne diese Schritte würde das Defizit im Jahr 2027 auf über 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, erklärte er weiter. Die Regierung steht unter Zeitdruck, den Haushalt fertigzustellen, da der Druck an den Anleihemärkten wächst und die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die steigenden Lebenshaltungskosten zunimmt (Reuters).

Die **Kosten** für den **Transport von Seefracht** zwischen **China** und der **US-Ostküste** sind infolge des Iran-Kriegs rasant gestiegen. Die Preise für kurzfristige Buchungen auf dieser Route erreichten 10.948 Dollar pro 40-Fuß-Container, wie am Donnerstag aus Daten der Preisplattform Xeneta hervorging. Damit haben sich die Kosten seit Beginn des Konflikts am 28. Februar mehr als vervierfacht. Die Frachtraten auf dieser wichtigen Handelsroute lägen nur noch knapp unter dem Allzeithoch aus der Zeit der weltweiten Lieferkettenprobleme während der Corona-Pandemie, sagte Xeneta-Chefanalyst Peter Sand. Im Januar 2022 war ein Rekordwert von 11.900 Dollar erreicht worden. Die Strecke von Shanghai nach New York gehört zu den meistbefahrenen und profitabelsten für globale Reedereien wie Maersk und Cosco (Reuters).

Die **US-Regierung** hat den möglichen Verkauf von **F-35-Kampffjets** an **Saudi-Arabien** genehmigt und damit eine bedeutende Wende in ihrer Nahost-Politik signalisiert. Es gehe um 48 Flugzeuge des Herstellers Lockheed Martin im Wert von schätzungsweise 24,3 Milliarden Dollar, wie das US-Außenministerium mitteilte. Ein solcher Verkauf könnte das militärische Gleichgewicht in der Region verschieben, da Saudi-Arabien damit die gleiche Waffentechnologie wie sein regionaler Rivale Israel erhalten würde (Reuters).

Die **EU** zahlt der **Ukraine** 3,3 Milliarden Euro für die Beschaffung von Raketen und Drohnen. Das teilt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf der Plattform X mit (Reuters).

US-Präsident Donald Trump sieht Fortschritte bei der Errichtung eines **US-Militärstützpunkts** in **Polen** und lobt dabei die "mutige Führung" des polnischen Präsidenten Karol Nawrocki. Sollte das Projekt zustande kommen, werde der Standort sehr bald bekanntgegeben, schreibt Trump auf der Plattform Truth Social. Dies werde ein historischer Schritt für das Bündnis beider Länder sein (Reuters).

Der **polnische Ministerpräsident** Donald Tusk rechnet für die kommenden Wochen mit **stärkeren russischen Angriffen** auf die **Ukraine** wie auf ihre **Unterstützer**. Nach Einschätzung von Geheimdiensten könnte es zu scheinbar versehentlichen Attacken mit Drohnen und Raketen auf die Länder kommen, die der Ukraine Beistand leisten - darunter Polen. Das sagte Tusk im polnischen Parlament in Warschau, wie die Nachrichtenagentur PAP meldete (dpa/AFX).

Italien bereitet angesichts wachsender Sicherheitsbedenken in der **Meerenge Bab el-Mandeb** eine **mögliche Marinemission** zum Schutz seiner Handelsschifffahrt vor. Er habe die Marine angewiesen, "alles Notwendige" vorzubereiten, um die sichere Durchfahrt italienischer Schiffe zu gewährleisten, sagt Verteidigungsminister Guido

Crosetto. Hintergrund sind Sorgen um die Schifffahrt im Roten Meer, nachdem die mit dem Iran verbündeten Huthi-Rebellen die Kontrolle über Teile der jemenitischen Küste übernommen haben (Reuters).

Nach einem **ukrainischen Drohnenangriff** hat die **russische Öltraffinerie YANOS** Insidern zufolge am Donnerstag die Rohölverarbeitung eingestellt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bestätigte den nächtlichen Angriff auf die Anlage, die etwa 250 Kilometer nordöstlich von Moskau liegt. Der Gouverneur der Region Jaroslawl, Michail Jewrajew, teilte über den Kurznachrichtendienst Telegram mit, dass 65 Drohnen abgewehrt worden seien. Es habe keine Toten oder Verletzten gegeben, die Raffinerie sei jedoch beschädigt worden und Löscharbeiten seien im Gange. Vier mit dem Vorgang vertrauten Personen zufolge wurde die Haupt-Rohöldestillationsanlage getroffen. Diese macht mit einer Kapazität von gut 17.000 Tonnen pro Tag etwa 40 Prozent der gesamten Verarbeitungskapazität des Werks aus (Reuters).

Der **russische Präsident** Wladimir Putin hat die **russischen Vermögenswerte** des Schweizer Lebensmittelkonzerns **Nestlé** und des französischen Einzelhändlers **Auchan** per Dekret unter temporäre Verwaltung gestellt. Die russischen Vermögenswerte der beiden Konzerne seien an die L.E.V. Management zur vorübergehenden Verwaltung übertragen worden, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Erlass (Reuters).

Der **Iran** verlagert Analysten zufolge schrittweise seine **Importe von russischem Weizen** auf das **Kaspische Meer**. Grund dafür seien ukrainische Drohnenangriffe, die den Schiffsverkehr im Schwarzen Meer störten, sowie die gesperrte Straße von Hormus. Die Lieferungen über die Häfen Machatschkala und Astrachan am Kaspischen Meer nähmen in diesem Jahr zu, sagt der Leiter der Unternehmensberatung RusIranExpo, Alexander Scharow. Der Iran ist einer der größten Abnehmer von russischem Weizen.

Die Marine der **iranischen Revolutionsgarden** hat nach eigenen Angaben einen unter der Flagge Togos fahrenden **Öltanker** angegriffen. Das Schiff habe am Donnerstag versucht, die Straße von Hormus illegal zu passieren, meldet die iranische Nachrichtenagentur Fars. Der Tanker habe Feuer gefangen und sei zum Stehen gekommen (Reuters).

Südkorea entsendet nach den Worten von Präsident Lee Jae Myung keine Truppen in den **Nahen Osten**, die das Land in den Konflikt im Zusammenhang mit dem **Iran-Krieg** verwickeln könnten. Angesichts der militärischen Präsenz mehrerer Länder nahe der **Straße von Hormus** prüfe die Regierung jedoch, ob sie ihre Rolle beim **Schutz der dortigen Schifffahrt** ausweiten solle, sagt Lee auf einer Pressekonferenz. Minimale Aktivitäten zur Sicherung südkoreanischer Wirtschaftsinteressen und Bürger seien möglich, erklärt er weiter (Reuters).

Die **Kerninflation in Japan** hat sich offiziellen Daten zufolge im August nahe dem Ziel der Zentralbank von zwei Prozent gehalten und damit die Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden Zinserhöhung untermauert. Der Kernverbraucherpreisindex, der schwankungsanfällige Preise für frische Lebensmittel ausschließt, aber Energiekosten beinhaltet, stieg im Jahresvergleich um 1,7 Prozent, wie aus den veröffentlichten Zahlen hervorging. Analysten hatten im Vorfeld mit einem Plus von 1,8 Prozent gerechnet, nach ebenfalls 1,8 Prozent im Juli (Reuters).

Die **japanische Zentralbank** hat ihren **Leitzins** auf den höchsten Stand seit 31 Jahren angehoben. Der Schlüsselsatz steige von einem Prozent auf 1,25 Prozent, teilte die Bank of Japan (BOJ) in Tokio mit. Die Entscheidung fiel nach der zweitägigen Zinssitzung mit sieben zu zwei Stimmen. Die Vorstandsmitglieder Toichiro Asada und Ayano Sato votierten gegen den Schritt. Die Währungshüter wollen mit der ersten Erhöhung seit drei Monaten das Risiko eindämmen, dass die Teuerungsrate das Inflationsziel der Notenbank von zwei Prozent übersteigt. An den Finanzmärkten war die Entscheidung weithin erwartet worden (Reuters).

Banken

Im Streit über schärfere Kapitalvorschriften bringt die Schweizer Großbank **UBS** einen möglichen Wegzug ins Spiel. "Unser oberstes Ziel ist ein Schweizer Kompromiss, der es uns ermöglicht, in der Schweiz zu bleiben, dort erfolgreich zu sein und einen Mehrwert für die Schweizer Wirtschaft zu schaffen, damit diese von uns profitiert", sagte Verwaltungsratspräsident Colm Kelleher am Donnerstag auf die Frage, ob der Konzern den Hauptsitz ins Ausland

verlegen könnte, falls die Regulierung in der Schweiz zu streng ausfiele. "Wenn wir jedoch in eine Situation geraten, in der wir nicht mehr wettbewerbsfähig sind, müssen wir uns darüber Gedanken machen." (Reuters).

Öl & Gas

Die US-Großbank **JP Morgan** hat nach eigenen Angaben zum ersten Mal seit Beginn des Iran-Krieges **keine klare Prognose mehr für die Ölmärkte**. "Wir wissen einfach nicht, wie wir den Ausgang modellieren sollen", schrieben die Analysten der Bank in einer am Donnerstag veröffentlichten Studie. Sechs Monate nach Beginn des Konflikts seien viele wirtschaftliche rote Linien überschritten worden, ohne dass eine Lösung in Sicht sei. Der Ölpreis sei über 100 Dollar pro Barrel gestiegen und die Dieselpreise in den USA hätten vor dem Winter ein Allzeithoch erreicht (Reuters).

Die **griechische Regierung** will die **Bürger** angesichts hoher Energiepreise und des nahenden Winters bei den **Heizkosten** entlasten. Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis kündigte an, in der kommenden Woche ein entsprechendes Hilfspaket vorzustellen. Daran sollen sich sowohl der Staat als auch heimische Raffinerien beteiligen. Im staatlichen Sender ERT sagte Mitsotakis, Heizöl werde zu einem Preis von unter 1,75 Euro pro Liter angeboten werden. Dies entspricht dem Niveau am Ende der vergangenen Heizperiode (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Die **Lufthansa** treibt die Modernisierung ihrer Kurz- und Mittelstreckenflotte voran. Der Aufsichtsrat habe der Ausübung von 20 **Kaufoptionen** für Flugzeuge des Typs **737 MAX 10** des US-Flugzeugbauers **Boeing** zugestimmt, teilte die Airline mit. Grundlage hierfür sei eine im Jahr 2023 vereinbarte Bestellung von 40 Boeing 737 MAX 8, die insgesamt 60 Kaufoptionen für weitere Flugzeuge der Boeing 737 MAX-Familie beinhalte. Die Auslieferung der nun fest bestellten Boeing 737 MAX 10-Flugzeuge sei zu Beginn der 2030er Jahre vorgesehen (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

